

Ausländerbeschränkung ist Symptombekämpfung

In der Juli-Sitzung vom Club Helvétique verabschiedete Stellungnahme zu den zwei aktuellen Migrations-Initiativen, der Masseneinwanderungs-Initiative der SVP vom Februar 2012 und der Ecopop-Initiative der gleichnamigen Vereinigung vom November 2012:

Die starke Zunahme der in der Schweiz lebenden Wohnbevölkerung in den letzten Jahren wird für Viele immer mehr spürbar und bereitet einem Teil der Schweizer Bürger und Bürgerinnen Sorge. Die zwei von der SVP und von Ecopop eingereichten Volksinitiativen sind Ausdruck dieser Sorge. Beide wollen mit je unterschiedlichen Massnahmen die Zuwanderung regulieren. Sie reihen sich ein in die Serie der seit den 1960er Jahren wiederholt vorgebrachten Beschränkungs-Initiativen.

Wie bei den früheren Vorstössen steht in der Auseinandersetzung auch hier die Frage im Vordergrund, wie viel werktätige und hier lebende Menschen die Schweiz braucht, um den bisherigen Prozess der Wohlstandssteigerung in Gang zu halten und die damit verknüpften Dienstleistungserwartungen zu erfüllen. In vermehrtem Masse ist jetzt die Sorge über die ebenfalls stark zunehmende Umwelt- und Landschaftsbelastung hinzugekommen. Zudem verbindet sich mit der Migrationsfrage die generellere Frage, wie weit die Schweiz gegenüber der EU eine eigenständige Politik verfolgen kann.

Der Club Helvétique weist auf den Grundwiderspruch hin, der besteht, wenn ein Land für Unternehmen möglichst attraktiv sein und zugleich die damit verbundene Zunahme von Bevölkerung und Beanspruchung von natürlichen Ressourcen mit Beschränkungsmassnahmen eliminieren will. Die Zuwanderung ist die Konsequenz selbstgemachter Standortattraktivität - gewiss in Kombination mit zu einem grossen Teil ebenfalls selbstgemachter Unattraktivität von Nachbarländern. Ziel muss auch hier ein nachhaltiges und nicht ausschliesslich auf Gewinnmaximierung ausgerichtetes Wachstum sein.

Die Lösung kann nicht darin bestehen, dass die ausländische Bevölkerung zum Sündenbock für unsere Gesellschaftsprobleme gemacht wird. Das Positive an diesen Initiativen besteht darin, dass sie uns Gelegenheit geben, uns mit den aufgeworfenen Fragen auseinanderzusetzen und alternativ dazu bessere Lösungen zu finden. Der Club Helvétique lehnt die von beiden Initiativen betriebene Symptombekämpfung ab und verweist auf den dieser Seite angefügten Katalog von Möglichkeiten, der Übernutzung des Landes auf andere Art entgegen zu wirken.

Zürich/Basel, 1. August 2013

Für den Club Helvétique: Hans-Peter Fricker und Georg Kreis

Alternativen zur Masseneinwanderungs-Initiative und zur Ecopop-Initiative

1. Das Problem

Die *ständige Wohnbevölkerung* in der Schweiz hat in den Jahren 2008-2012 jährlich um durchschnittlich 1,1% zugenommen. Wichtigste Treiber dafür waren der Geburtenüberschuss (ca. $\frac{1}{4}$) und die Zuwanderung aus dem Ausland (ungefähr $\frac{3}{4}$).

Ebenfalls erheblich zugenommen hat in den letzten Jahren der ökologische Fussabdruck der Schweiz, d.h. die Quantität an natürlichen Ressourcen (Boden, Energie usw.), welche die Bevölkerung zum Bestreiten ihres Lebensstils verbraucht. Er beträgt laut dem letzten „Living Planet Report 2012“ des WWF (Autor: Global Footprint Network) zur Zeit *2,8 Planeten*. Dies heisst: Würde die ganze derzeitige Welt-Bevölkerung so viele natürliche Ressourcen verbrauchen wie die 8 Mio. Personen, die in der Schweiz leben, so bräuchte dies die Reproduktionskraft von 2,8 mal dessen, was die Erde heute in einem Jahr zu produzieren vermag.

Das Wort *Dichtestress* ist zwar zu einem Modewort geworden. Tatsächlich aber erleben mehr und mehr Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz die Schattenseiten des wachsenden Wohlstands immer stärker. Dagegen formiert sich zunehmend Widerstand.

Konkret dürfte dies unter anderem mit der folgenden Entwicklung zu tun haben:

Seit 1980 hat in der Schweiz

- die Bevölkerung dank Geburtenüberschuss, Alterung und Zuwanderung um 26% zugenommen
- haben die Privathaushalte um 39% zugenommen
- haben die Konsumausgaben pro Kopf um ca. 25% zugenommen
- haben die Personenkilometer um 100% zugenommen (von 60 Mio km auf 120 Mio km). $\frac{3}{4}$ davon macht der Privatverkehr aus
- hat sich die Anzahl der Pendler/innen ebenfalls ungefähr verdoppelt
- hat der bebaute Flächenbedarf pro Kopf um $\frac{1}{3}$ zugenommen, von durchschnittlich 34m² auf 50 m²
- hat die Siedlungsfläche insgesamt um 25% zugenommen. Derzeit wird nach wie vor pro Sekunde 1 m², d.h. täglich ca. die Fläche des Rütli, verbaut
- die Zerschneidung der Landschaft um 35% zugenommen.

So ist es nicht erstaunlich, dass umfangreiche Untersuchungen zur Zersiedlung in der Schweiz von Christian Schwick und Jochen Jäger (referiert im NZZ Folio vom Januar 2012) zum Schluss kamen, dass

- 70% des Siedlungswachstums auf wachsende Platzansprüche
- 20% auf das Bevölkerungswachstum und
- 10% auf Fehlplanung und Ineffizienz

zurückzuführen sind.

Mit andern Worten:

Das Problem der Übernutzung unserer Ressourcen resultiert nicht primär aus der Zuwanderung, sondern aus den zunehmenden materiellen Ansprüchen der hier ansässigen Bevölkerung und aus der mangelnden Effizienz bei der Nutzung der vorhandenen Güter (vor allem der Energie).

2. Mögliche Massnahmen

Wir befinden uns aktuell *nicht in einer Notfall-Situation*, sondern können unaufgeregt und nüchtern eine Diskussion über den künftig wünschbaren Kurs führen. Aber diese Diskussion müssen wir tatsächlich offen und pro-aktiv führen, nicht immer erst unter dem Druck radikaler Initiativen.

Wünschbar ist zudem die Initiierung einer breiten öffentlichen Diskussion und neuer, grösserer Forschungsanstrengungen zum Thema *Suffizienz*: Wie können unsere Volkswirtschaft, aber auch die einzelnen Betriebe, gesund und leistungsfähig bleiben, ohne dass sie auf ständiges quantitatives Wachstum angewiesen sind?

a) Massnahmen im Bereich Bewusstseinsbildung:

- Es ist in Erinnerung zu rufen, dass Migration und Zuwanderung ein Teil der modernen Realität und eine Folge der Globalisierung sind, die sich nur mit einer komplett isolationistischen Politik beseitigen liessen
- Schon die Ausländer-Beschränkungs-Initiativen in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts waren Ausdruck eines generellen Unbehagens über den raschen Wandel der Lebensumstände. Mit der Beschränkung der Zuwanderung versuchte man sich internationale Entwicklungen vom Halse zu halten, denen die Schweiz unweigerlich ausgeliefert war
- Von der zunehmenden Europäisierung und Globalisierung profitieren wir alle; die Wirtschaft zum Beispiel verdient jeden zweiten Franken im Ausland

- Die hiesige Wirtschaft profitiert vom Know-how zugewanderter, im Ausland ausgebildeter Spezialistinnen und Spezialisten
- Bildung und Forschung sind - sowohl auf der individuellen wie auf der institutionellen Ebene, sowohl im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich - ganz auf einen intensiven internationalen Austausch angewiesen
- Unser Sozialwesen könnte viele notwendige Leistungen ohne Zuwanderung nicht erbringen, siehe z.B. Spitäler, Alters- und Pflegeheime usw.
- Die Betreuungs- und Hausarbeit in Privathaushalten leisten zu einem nicht zu unterschätzenden Teil Frauen ohne Aufenthaltsbewilligung, so genannte „Sans Papiers“, deren Status geregelt werden sollte, da sie weitgehend ohne Schutz vor Missbrauch zur Schweizer Wohlfahrt beitragen
- Internationaler Austausch bereichert unser künstlerisches und kulturelles Leben auf allen Stufen, gerade auch in der Volkskultur (vgl. z.B. die Veränderung unserer Essgewohnheiten, aber auch die Beliebtheit von Anlässen wie das Afro-Pfingsten-Festival in Winterthur)
- Die beiden Initiativen tangieren zwingende Bestimmungen des Völkerrechts. So wäre zum Beispiel die Einhaltung des absolut geltenden Non-Refoulement-Prinzips nicht mehr gewährleistet. Die von der SVP-Masseneinwanderungs-Initiative vorgesehenen Höchstzahlen und Kontingente gelten ausdrücklich auch für das Asylwesen
- Die Bilateralen Verträge mit der EU könnten bei einer Annahme der beiden Initiativen nicht aufrecht erhalten werden, was einem signifikanten Teil der Schweizer Wirtschaft grossen Schaden zufügen würde. Zudem lassen sich diese Verträge nicht beliebig neu verhandeln
- Wie dicht oder wie locker wir zusammenleben, ist eine Frage der subjektiven Wahrnehmung: die Stadt London mit ihren 8 Mio. Einwohnern (= die Schweiz) hat eine Fläche, die kleiner ist als die des Kantons Zürich; die 2 Mio. Einwohner von Manhattan, New York, haben allein im Limmattal des Kantons Zürich Platz; die inneren Bezirke von Tokyo mit ihren 8 Mio. Einwohnern nehmen etwa die Fläche des Kantons Glarus ein
- Geht die Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz im bisherigen Tempo weiter, so erreichen wir etwa im Jahr 2030 9 Mio. Prof. Kneschaurek von der Universität St. Gallen befasste sich in den sechziger Jahren mit der Vision einer Schweiz mit 10 Mio. Einwohner/innen. Die aktuell ausgeschiedenen Baulandreserven würden sogar dafür ausreichen.

b) Massnahmen im staatlichen Bereich:

- Konsequente Umsetzung der in Verfassung, Gesetzen und Verordnungen bereits beschlossenen Regelungen auf allen drei Staatsstufen auf den Gebieten Umwelt, Landschaftsschutz, Siedlungspolitik, Verkehr, Energie. Heribert Rausch, Prof. em. der Universität Zürich, hat in einer Untersuchung ermittelt, dass auf dem Gebiet Umwelt- und Naturschutz die

grössten Vollzugsdefizite von allen Politik-Bereichen bestehen dürften. Die Bemühungen, eine konsequente Umsetzung der 2012 beschlossenen Zweitwohnungs-Initiative zu verhindern, sind nicht nur in gewissen Kantonen, sondern selbst in zuständigen parlamentarischen Kommissionen zur Zeit eine Tatsache. Dies ist nicht nur generell staatspolitisch bedenklich, sondern fördert die Denkkzettelmentalität, die sich später in der Zustimmung zu fragwürdigen, extremen Initiativen Luft macht.

- Verbindlichere Aufsicht des Bundes über den Vollzug der Massnahmen, für welche die Kantone verantwortlich sind. Der Kanton Wallis hat sich erlaubt, die Restwasservorschriften aus dem im Jahr 1993 vom Volk deutlich gutgeheissenen Gewässerschutzgesetz bis jetzt kaum umzusetzen. Das zuständige eidg. Departement, das UVEK, hat ihn bis jetzt nur brieflich ermahnt
- Grossflächigere Raumplanung als bisher, ermöglicht auch über eine wesentlich bessere Zusammenarbeit oder besser Fusion von Gemeinden und Kantonen
- Klarere und konsequentere Ausscheidung von Zonen: Wo wird bewusst und möglichst effizient gebaut? Wo wird konsequent nicht gebaut? Wie können verschiedene Gebiete bewusster miteinander verbunden werden? Regionalpolitik, für die sehr viel Bundes-Geld ausgegeben wird, kann heute nicht mehr heissen, das ganze Alpengebiet mit städtischen Infrastrukturen zu überziehen.
- Bauvorschriften erlassen, die höheres und wesentlich tieferes Bauen ermöglichen oder sogar fördern
- Verkehrsinfrastrukturen nicht einzig auf die Spitzen-Belastungs-Momente ausrichten (Bsp. zweite Gotthardröhre), sondern die gegebene Infrastruktur mittels flächendeckendem Mobility-Pricing effizienter nutzen
- Abkehr von der Vorstellung, die Verkehrsangebote müssten einen immer schnelleren Verkehr ermöglichen (die Leute pendeln gemäss Zeitaufwand, nicht gemäss Kilometer-Abstand)
- Kosten-Wahrheit und stärkere Beachtung des Verursacherprinzips im Verkehr: konsequente Internalisierung der externen Kosten bei allen Verkehrsträgern, Einführung eines umfassenden Mobility-Pricing im Strassenverkehr; neue, differenziertere Tarifsysteme im Öffentlichen Verkehr (Der Privatverkehr wird immer einen Teil des ÖV mitfinanzieren müssen, wenn der Steuerzahler nicht allzu sehr belastet werden soll. Preiserhöhungen sind aber auch im ÖV gerechtfertigt, die Mobilität ist zur Zeit generell zu billig.)
- Wo nötig staatliche Anreizsysteme in Form von (staatsquoten-neutralen) Lenkungsabgaben zur Senkung des ökologischen Fussabdrucks einführen Dies hat z.B. im Bereich Heizöl in den letzten Jahren zu wesentlichen Einsparungen geführt, wogegen der Benzinverbrauch gleichzeitig explodierte.

- Abbau falscher staatlicher Anreize, welche unerwünschtes Verhalten fördern, z.B. die vielerorts unbeschränkt abzugsfähigen Pendler-Kilometer in den Steuersystemen (die Eidg. Räte machten in der Sommersession 2013 im Rahmen von FABI einen ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung auf der Ebene Bundessteuer)
- Konsequenterer Kampf gegen Lärm-Immissionen. Mehr als 1 Mio. Einwohner/innen leiden täglich an Lärm, der über den erlaubten Grenzwerten liegt.
- Abwehr aller neuen Vorstösse zur Aufweichung des bestehenden Natur-, Landschafts- und Heimatschutzes, wie das zur Zeit unter dem Vorwand der „Energiewende“ immer wieder geschieht (vgl. z.B. die parlamentarische Initiative von SR Eder/FDP/Zug zur Relativierung der Bedeutung der Eidg. Natur- und Heimatschutz-Kommission und damit der sog. BLN-Schutzgebiete, welcher die Unterstützung der beiden zuständigen parlamentarischen Kommissionen erhalten hat)
- Förderung von Aus- und Weiterbildung für bildungsferne Schichten zur weiteren Reduktion der Arbeitslosigkeit im Inland
- Abschaffung der Steuervorteile für ausländische Firmen und reiche ausländische Privatpersonen
- Stärkere Limitierung des inner-schweizerischen Steuerwettbewerbs

c) Massnahmen im Bereich der Privat-Wirtschaft und der Verwaltung

- Abbau von unproduktiven und teilweise unproduktiven Stellen
- Förderung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Frauen und Männern in allen Branchen und auf allen Hierarchie-Stufen
- Bekämpfung von Lohn-Dumping auf allen Stufen, da dieses die hiesige Arbeitslosigkeit und den hiesigen Wettbewerb um Arbeitsplätze zugunsten einer erhöhten Zuwanderung fördert
- Entwicklung neuer Modelle für die Gestaltung der letzten bzw. der zwei letzten Phasen einer Berufslaufbahn. Arbeitnehmer/innen können in vielen Fällen weit über das 60. und auch über das 65. Lebensjahr hinaus wertvolle Dienste leisten, aber nicht zu Bedingungen wie zwischen 30 und 60: Teilzeit, neue Funktionen, neue Einsatzmodelle, Mobilität zwischen verschiedenen Arbeitgebern usw.
- Abschaffung der Diskriminierung der über 50-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitgeber und ein Teil der Politik verlangen aus demographischen Gründen ein höheres Rentenalter. 50-Jährige + haben bei Notwendigkeit oder beim Wunsch auf Wechsel zunehmend Mühe, eine neue Stelle zu finden
- Ausarbeitung, zusammen mit den Behörden, neuer Modelle für die Gestaltung der 2. Säule: Beiträge am Schluss der Laufbahn dürfen nicht höher sein als zuvor u.a.m.

- Differenzierterer Umgang mit der in vielen Regionen betriebenen und von der Öffentlichkeit oft massgeblich mitfinanzierten Förderung der „Standortattraktivität“: Abbau einseitig quantitativ orientierter Massnahmen und der damit einhergehenden Konkurrenz unter den Kantonen und Regionen, Stärkung der qualitativ orientierten Massnahmen, welche auch der bereits in einer Region ansässigen Bevölkerung dienen.

Hinweis

Unter www.metropolitanraum-zuerich.ch findet sich ein substantieller, ca. 80-seitiger Fachbericht *Immigration und Bevölkerungswachstum im Metropolitanraum Zürich*. Er macht zahlreiche Aussagen, die auch für viele andere schweizerische Regionen Gültigkeit haben.